Erhöhung des Job-Ticket Zuschusses für Auszubildende (TVAöD), Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter, Praktikantinnen und Praktikanten (TVPöD) bei der Stadt Nürnberg ab 01.01.2015

I. Das Job-Ticket wurde bei der Stadt Nürnberg mit Beschluss des POA vom 19.10.1993 zum 01.03.1994 eingeführt. Folgende Ziele wurden damit verfolgt:

- Beitrag zum Umweltschutz
- Verringerung des motorisierten Individualverkehrs bei gleichzeitiger Stärkung des ÖPNV
- Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers Stadt Nürnberg
- Vorbildfunktion der Stadt gegenüber anderen Arbeitgebern

Mit Einführung des Job-Tickets wurde zur Steigerung der Akzeptanz des Angebotes ein einheitlicher Zuschuss der Stadt in Höhe von 25,00 DM (12,78 Euro) verknüpft. Dieser Betrag wurde mit Einführung des Euro am 01.01.2002 auf 12,80 Euro gerundet.

Gemäß Beschluss des POA vom 23.10.2007 wurde mit Wirkung zum 01.01.2008 erstmals nach Einführung des Job-Tickets eine soziale Komponente bei der Zuschusshöhe eingeführt. Für Tarifbeschäftigte bis EGr. 9 erhöhte sich der Zuschuss von 12,80 Euro auf 19,75 Euro. Für Beamtinnen und Beamte bis BGr. A10 wurde er von 12,80 Euro auf 13,75 Euro erhöht.

Mit dieser Erhöhung sollte die Mehrbelastung der Zuschussempfänger/-innen aufgrund einer gesetzlich geänderten Besteuerung des Zuschusses (bisherige Pauschalversteuerung wurde durch Individualversteuerung ersetzt) ausgeglichen werden. Der höhere Zuschuss für die Beschäftigten (TVöD) erklärte sich aus der Tatsache, dass Beamtinnen und Beamte keiner Sozialversicherungspflicht unterliegen.

Nach einer Entscheidung des BVG vom 09.12.2008 konnte die Versteuerung der Zuschüsse ab 01.07.2009 wieder von der Individualversteuerung auf die frühere Pauschalversteuerung umgestellt werden. Im Zuge dieser Umstellung wurde die Höhe der Zuschussbeträge auch unter dem Aspekt überprüft, dass im Gegensatz zur Individualversteuerung bei der Pauschalversteuerung keine Beiträge zur Sozialversicherung mehr anfallen. Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte (TVöD) wurden in vergleichbaren Eingruppierungen aufgrund dieser Tatsache gleichgestellt.

Unter Beibehaltung des sozialen Aspektes wurden ab 01.07.2009 folgende Abstufungen festgelegt:

Beschäftigte (TVöD) bis einschl. EGr. 9	19,50 Euro
Beschäftigte ab EGr. 10	12,80 Euro
Beamte bis einschl. A10	19,50 Euro
Beamte ab A11	12,80 Euro

Diese Zuschüsse haben bis heute Gültigkeit.

Das Job-Ticket ist bei der Stadt Nürnberg seit seiner Einführung fester Bestandteil der sozialen Leistungen der Arbeitgeberin Stadt Nürnberg. Die Teilnehmerzahl (einschl. Klinikum) konnte von 1994 (ca. 5.000 Nutzer/-innen) konstant gehalten, ja sogar ausgebaut werden. Die aktuelle Nutzerzahl einschl. Klinikum liegt bei ca. 5.300 Personen, davon ca. 4.000 städtische Nutzer/-innen einschließlich der Eigenbetriebe.

In den vergangenen Jahren bewegten sich die jährlichen Zuschusszahlungen der Stadt für ihre Beschäftigten (einschl. der Eigenbetriebe, ohne Klinikum) je nach Teilnehmerzahl zwischen ca. 700.000 bis 750.000 Euro.

Mit der Einführung eines erhöhten Zuschussbetrages für Auszubildende, Beamtenanwärter und

Praktikanten ab 01.01.2015 wird erstmals der Tatsache Rechnung getragen, dass für diese Personengruppen der Einstieg/Umstieg auf das Job-Ticket besonders attraktiv gestaltet wird. Sie sollen als nachwachsende Generation künftig und in zunehmendem Maße von den Vorzügen des ÖPNV partizipieren und so die 1994 reklamierten Punkte der Zielsetzung weitertragen. Gleichzeitig wird damit die Stadt Nürnberg durch diese Maßnahme ihrer Rolle als soziale Arbeitgeberin in besonderer Weise gerecht.

II. Ref. I/POA

Nürnberg, den 20.08.2014
Amt für Organisation,
Informationsverarbeitung
und Zentrale Dienste

(2247)